

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 173 (2007)

Heft: 10

Artikel: Die Bundesratsparteien im sicherheitspolitischen Widerstreit

Autor: Wirz, Heinrich

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-71144>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Bundesratsparteien im sicherheitspolitischen Widerstreit

Sachverstand, Stimmverhalten, Verlautbarungen

Auf der Suche nach aussagekräftigen sicherheits- und militärpolitischen Kernbotschaften der Parteien wird man weniger fündig als noch im Jahre 2004. Die heutigen Positions- oder ähnlichen Papiere der Parteien zu Armee und Landesverteidigung sind meistens wohlformuliert, jedoch zum Teil inhaltlich unscharf. Sie entfernen sich zunehmend von der real existierenden Schweizer Milizarmee, weil sowohl die noch aktiven Angehörigen der Armee als auch die militärischen Fachleute im eidgenössischen Parlament seltener werden.

Heinrich Wirz *

Die parlamentarische Behandlung der in diesem Beitrag erwähnten vier Geschäfte hat erneut gezeigt, dass der militärische Sachverstand zahlreicher Ratsmitglieder stark zu wünschen übrig lässt. Die Wortmeldungen – insbesondere im Nationalrat – rufen einerseits der Frage, ob die Wirklichkeit der Armee XXI und deren Schwachstellen überhaupt ins Bewusstsein der parlamentarischen Sprecherinnen und Sprecher gedrungen ist. Andererseits sind auch ehemalige Truppenkommandanten und Stabsoffiziere ausser Dienst vor Aussagen nicht gefeit, die sachlich nicht mehr stimmen. Es scheint, dass ihre Wahrnehmungen bei der noch selbst erlebten Armee 61 oder Armee 95 stehen geblieben sind.

Sachverstand fehlt

Die meisten männlichen Ratsmitglieder sind, wenn sie überhaupt Militärdienst geleistet haben, aus Altersgründen bereits Armeeveteranen. Noch eingeteilte Offiziere muss man mit der Lupe suchen und findet nicht einmal mehr einen aktiven Truppenkommandanten. Von den vier sich zur Wiederwahl stellenden Generalstabsoffizieren ist immerhin noch einer in einem Stab eines Grossen Verbandes eingeteilt. Insbesondere den Mitgliedern der Sicherheitspolitischen Kommissionen beider Räte ist je 18 Stunden Anschauungsunterricht sowohl in einem Wiederholungskurs als auch in einer Rekruten- und in einer Kaderschule mit uneingeschränktem persönlichem Zugang zu den Armeeinghörigen zu empfehlen.

Eine schwerwiegende Unvollständigkeit in den Aussagen aller Bundesratsparteien ist, dass das ungelöste Hauptproblem der Armee XXI, nämlich der Mangel an militärischem Lehrpersonal, offenbar nicht erkannt oder verschwiegen wird. Im Gegenteil, denn – mit Ausnahme der SVP – stimmen SPS, FDP und CVP parlamentarischen Vorstössen zu, welche die klaffende

Lücke bei den Berufs- und Zeitmilitären noch vergrösserten. Dies betrifft insbesondere die Verdoppelung der Durchdiener und der Kapazitäten für Auslandseinsätze. Es ist offenkundig, dass die Armee diese beiden Auflagen nur mit zusätzlichem militärischem Berufspersonal erfüllen könnte. Dieses fehlt jedoch je länger desto mehr.

Stimmverhalten im Visier

1. Das Stimmverhalten der «**Abwesenden**» beziehungsweise der nicht Stimmenenden ist zum Teil eine verdeckte Form der Ablehnung oder zumindest der Enthaltung. Es kann sowohl eine Rücksichtnahme auf die eigene Wählerschaft als auch auf die eigene Partei und deren Mitglied(er) im Bundesrat sein (siehe Tabelle).

2. Unter «**Weitere**» sind die insgesamt 25 Mitglieder der Grünen Fraktion (14), der EVP/EDU Fraktion (5) sowie die Fraktionslosen (6) aufgeführt. Deshalb, und weil kein Nationalratssitz vakant war, beläuft sich das jeweilige Total der Stimmen auf 199 und beim Bundesbeschluss über die Beschaffung von Rüstungsmaterial (Rüstungsprogramm 2007) / Ausgabenbremse auf 200. Warum?

3. Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident stimmen nicht mit, abgesehen von Stichentscheiden bei Stimmgleichheit. Artikel 80 des **Parlamentsgesetzes** besagt jedoch: «Ist die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder [nicht der Anwesenden] jedes Rates erforderlich, so stimmt die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident mit.» Dies war der Fall beim Rüstungsprogramm 2007.

4. Die SVP hat das **Rüstungsprogramm 2007** (RP 07) geschlossen gutgeheissen, ebenso FDP und CVP. Die SPS hat das RP 07 grossmehrheitlich abgelehnt.

5. Die SVP hat die Parlamentarische Initiative der Freisinnig-demokratischen Fraktion (06.405, vom 20. März 2006) zur Verdoppelung des gesetzlichen Prozentsatzes an **Durchdienern** (heute 15%) auf 30% fast geschlossen abgelehnt. SPS, FDP und CVP haben ebenso zugestimmt. Auffällig bei allen Parteien ist die verhältnis-

mässig hohe Zahl der insgesamt 32 Abwesenden (siehe Erklärung in Ziffer 1 oben!).

6. Die **Parlamentarische Initiative** zur Verdoppelung der Durchdiener kommt in der Herbstsession in die kleine Kammer als Zweitrat. Stimmt der Ständerat ebenfalls zu, so richtet sich das weitere Verfahren nach Artikel 107 und folgende des Parlamentsgesetzes. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates würde innert zwei Jahren eine Vorlage ausarbeiten. Diese endete letztlich in einer Änderung des Militärgesetzes.

7. Es besteht allerdings die Möglichkeit, dass bereits bei der parlamentarischen Beratung der in Ausarbeitung befindlichen kommenden **Revision 09 der Militärgesetzgebung** beantragt werden wird, die Anzahl der Durchdiener zu verdoppeln (Art. 54a Militärgesetz). Eine Änderung des Militärgesetzes unterliegt dem fakultativen Referendum. Mit diesem und einer darauf folgenden Volksabstimmung müsste gegebenenfalls gerechnet werden.

8. Die Kapazitätsverdoppelung für militärische **Auslandseinsätze** (07.3270 Motion der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates vom 26. März 2007) hat die SVP wiederum fast geschlossen abgelehnt. Die SPS hat grossmehrheitlich und FDP und CVP haben fast einstimmig angenommen. Rund ein Viertel des Nationalrates (47) blieb der Abstimmung fern.

9. Bei der Abstimmung über die **Armeeorganisation** war die SVP gespalten. Die SPS stimmte mehrheitlich zu, FDP und CVP sogar einstimmig. Fast 20 Prozent oder 36 Mitglieder des Nationalrates nahmen nicht teil.

10. Eine sogenannte unheilige Allianz von SVP und SPS verwarf in der Herbstsession 2006 in Flims die Änderung der Armeeorganisation recht deutlich. Demgegenüber war nach der Annahme in der Sommersession 2007 in gewissen Medien von einer angeblichen Koalition der sicherheitspolitischen Vernunft zwischen SPS mit FDP und CVP gegen die SVP zu lesen. «**So fühlt man Absicht, und man ist verstimmt**» (Goethe, Torquato Tasso).

Kernbotschaften (fast) im Wortlaut

Schweizerische Volkspartei (SVP) Landesverteidigung: Bedrohungsgerechte Milizarmee

- Die SVP beurteilt die integrale, immerwährende und bewaffnete Neutralität als wirksamstes Instrument gegen den internationalen Terrorismus;
- setzt sich ein für eine moderne, leistungsfähige und glaubwürdige Milizarmee;
- fordert eine miliztaugliche Ausbildung, eine angemessene Vertretung der Miliz in möglichst allen Kommandofunktionen und eine optimale Aufwuchsfähigkeit;

* Heinrich Wirz, Oberst aD, Militärpublizist und Bundeshaus-Journalist, 3047 Bremgarten.

Sommersession 2007: Wie haben die Fraktionen im Nationalrat gestimmt?

Bundesbeschluss über die Beschaffung von Rüstungsmaterial (Rüstungsprogramm 2007) – Ausgabenbremse; am 6. Juni 2007, 17.28 Uhr

- verlangt die Landesverteidigung als primären Auftrag der Armee;
- lehnt den Beitritt der Schweiz zu Militärbündnissen wie der NATO ab;
- befürwortet subsidiäre Einsätze bei Naturkatastrophen primär im Inland;
- lehnt Auslandseinsätze der Schweizer Armee grundsätzlich ab, ebenso obligatorische Wiederholungskurse im Ausland;
- fordert ein freiheitliches Waffenrecht, welches das ausserdienstliche Schiesswesen nicht behindert sowie die Aufbewahrung der Ordonnanzwaffe zu Hause auch nach erfüllter Dienstpflicht erlaubt.

Sozialdemokratische Partei (SPS)

Thesen für eine zukunftsgerichtete Armee reform

- Die SP-Fraktion hält mit Blick auf eine zukunftsgerichtete Armee reform daran fest, die Anzahl Panzer- und Artillerietruppen zu halbieren;
- hält am Ziel fest, bis 2011 ein zusätzliches Kontingent für friedensfördernde Einsätze im Ausland bereitzustellen;
- begrüsst den Entscheid des Nationalrates zur Verdoppelung der Durchdiener und hält mit dem Ziel, die Rekrutierungs basis für vermehrte friedensfördernde Einsätze im Ausland zu verbreitern, an der Erhöhung des Anteils Durchdiener fest;
- hat vor dem Hintergrund des massiv überhöhten Armeebestandes eine Motion eingereicht, die als ersten Schritt festschreiben will, den Bestand der aktiven Armee auf 100 000 Militärdienstpflichtige zu senken;
- fordert mit ihrer Motion, den dauerhaften Assistenzdienst der Armee für zivile Behörden im Innern auszuschliessen;
- will mit ihrer Motion den Bestand der Militärischen Sicherheit auf maximal 300 begrenzen und deren so freigestellte Angehörige dem Grenzwachtkorps zuteilen.

Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz (FDP)

Sicherheit durch Kooperation

- Konsolidierung, Modernisierung und Weiterentwicklung der Armee unter Berücksichtigung der veränderten Bedrohungslage;
- Finanzielle Stabilität und Planungssicherheit für die Armee dank mehrjähriger Rüstungsprogramme;
- Konsequente Umsetzung der Strategie «Sicherheit durch Kooperation», insbesondere durch Abschluss eines Rahmenabkommens mit der EU im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik;
- Gezielter Ausbau der Kapazitäten für die militärische Friedensförderung und Steigerung der Attraktivität der Friedensförderungseinsätze;
- Verbesserung des Leistungsprofils der Armee und Modernisierung der Miliz durch Verdoppelung der Anzahl Durchdiener;

SVP	50 ja	0 nein	0 enthalten	5 nicht gestimmt
SPS	0 ja	39 nein	8 enthalten	5 nicht gestimmt
FDP	36 ja	0 nein	0 enthalten	4 nicht gestimmt
CVP	25 ja	0 nein	0 enthalten	3 nicht gestimmt
Obige vier	111 ja	39 nein	8 enthalten	17 nicht gestimmt
Weitere	7 ja	14 nein	0 enthalten	4 nicht gestimmt
Total	118 ja	53 nein	8 enthalten	21 nicht gestimmt

Verdoppelung der Anzahl der Durchdiener; am 6. Juni 2007, 17.55 Uhr

SVP	1 ja	41 nein	1 enthalten	12 nicht gestimmt
SPS	42 ja	1 nein	5 enthalten	4 nicht gestimmt
FDP	27 ja	1 nein	5 enthalten	6 nicht gestimmt
CVP	23 ja	1 nein	0 enthalten	4 nicht gestimmt
Obige vier	93 ja	44 nein	11 enthalten	26 nicht gestimmt
Weitere	5 ja	2 nein	12 enthalten	6 nicht gestimmt
Total	98 ja	46 nein	23 enthalten	32 nicht gestimmt

Verdoppelung der Kapazitäten für Auslandseinsätze der Armee bis 2010; am 6. Juni 2007, 19.04 Uhr

SVP	2 ja	40 nein	0 enthalten	13 nicht gestimmt
SPS	37 ja	5 nein	3 enthalten	7 nicht gestimmt
FDP	28 ja	0 nein	3 enthalten	8 nicht gestimmt
CVP	15 ja	1 nein	0 enthalten	12 nicht gestimmt
Obige vier	82 ja	46 nein	6 enthalten	40 nicht gestimmt
Weitere	1 ja	17 nein	0 enthalten	7 nicht gestimmt
Total	83 ja	63 nein	6 enthalten	47 nicht gestimmt

Verordnung der Bundesversammlung über die Organisation der Armee (Armeereorganisation, AO) – Gesamt abstimmung; am 11. Juni 2007, 22.19 Uhr

SVP	17 ja	24 nein	8 enthalten	6 nicht gestimmt
SPS	38 ja	7 nein	3 enthalten	4 nicht gestimmt
FDP	29 ja	0 nein	0 enthalten	10 nicht gestimmt
CVP	18 ja	0 nein	0 enthalten	10 nicht gestimmt
Obige vier	102 ja	31 nein	11 enthalten	30 nicht gestimmt
Weitere	4 ja	15 nein	0 enthalten	6 nicht gestimmt
Total	106 ja	46 nein	11 enthalten	36 nicht gestimmt

- Beschaffung von Lufttransportkapazitäten, um Truppen verschieben, versorgen und notfalls evakuieren zu können.

Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)

Sicherheit erhalten, festigen, ausbauen

- Die CVP tritt für eine starke und glaubwürdige Armee ein, die ein wichtiges Instrument für die Sicherheit unseres Landes ist und auch in Zukunft bleibt;
- setzt sich für die konsequente Umsetzung der beschlossenen Reformen ein;
- setzt die Prioritäten der Armee auf erstens subsidiäre Unterstützung der zivilen Behörden, zweitens Raumsicherung, drittens klassische Landesverteidigung und viertens friedensfördernde, aber nicht friedenszerstörende Auslandseinsätze;
- hält an der allgemeinen Wehrpflicht und am Milizsystem fest, steht einem milizverträglichen Ausbau der Durchdiener positiv gegenüber und befürwortet eine ergänzende Dienstpflicht der Militärdienstuntauglichen zugunsten der Gemeinschaft;
- ist überzeugt, dass mindestens die gegenwärtigen Militärausgaben nötig sind, um die Armee bedrohungsgerecht auszubilden und auszurüsten;
- unterstützt eine moderne schweizeri-

- sche Rüstungsindustrie und lehnt ein Verbot von Waffenexporten ab;
- ist der Ansicht, dass das VBS früh- und rechtzeitig die grundsätzlichen Entscheide kommunizieren muss, um den Eindruck vollendeter Tatsachen zu vermeiden.

Quellen und Literatur

- Abstimmungsprotokolle des Nationalrates vom 6. und 11. Juni 2007.
- Bundesgesetz über die Bundesversammlung (Parlamentsgesetz, ParlG) vom 13. Dezember 2002 (SR 171.10).
- Schweizerische Volkspartei: Wahlplattform 2007 – 2011. Mein Zuhause – unsere Schweiz. Bern, 2007. ISBN 978-3-003-01090-1.
- Sozialdemokratische Partei: Thesen für eine zukunftsgerichtete Armee reform. SP Fraktion, 6. März 2007.
- Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz: 4 Projekte für die Zukunft der Schweiz, Ziffer 9: Sicherheit durch Kooperation. – Positionspapier der FDP Schweiz vom 16. Juli 2007.
- Christlichdemokratische Volkspartei: Armee- und sicherheitspolitisches Leitbild der CVP Schweiz vom 7. Juli 2006.
- Einschlägige Internet-Seiten des Parlamentes und der Parteien.
- Armee-Entwicklungsschritt 08/11 – Stellungnahme der Parteien. In: Pro Libertate-Mitteilungen 4/07, Zollikofen BE, Juli 2007.
- Bundesratsparteien: Sicherheitspolitische Kernbotschaften – Ein zusammenfassender Überblick. In: ASMZ Nr. 9/2004.